

# EU wirkt als Brandbeschleuniger



Das Wahrzeichen der Stadt Brüssel und damit auch der EU-Hauptstadt: Das Manneken Pis; hier in Verkleidung.

Das EU-Parlament hat im November die Dienstleistungsrichtlinie mit den Stimmen einer großen Koalition beschlossen.

In Österreich jubeln die Unternehmerverbände. So betont Reinhold Mitterlehner von der Wirtschaftskammer, dass die beschlossenen Änderungen „rein technischer Natur ohne praktische Auswirkungen auf die Dienstleistungserbringer“ sind. Das sei „eine Bestätigung der Lobbyingaktivitäten der Wirtschaftskammer“.

Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder sieht in dieser Aussage eine Bestätigung seiner Position: „Dieser Beschluss ist kein Kompromiss im Interesse der arbeitenden Menschen, sondern ein Geschenk für das Großkapital. Die Verantwortung der Sozialdemokratie für diese Verschlechterung ist sehr groß. Ich kann mich noch daran erinnern, dass

SPÖ und ÖGB im April dieses Jahres alles daran gesetzt hat, damit es beim informellen EU-Wettbewerbsgipfel in Graz zu keiner Großdemonstration gegen diese Verschlechterungen gekommen ist. Jetzt müssen die offiziellen Arbeiterorganisationen den Spott des Wirtschaftsbundes ertragen.

Deshalb zeigt sich die Arbeiterkammer (AK) mit dem Abstimmungsergebnis zur Dienstleistungsrichtlinie unzufrieden. Die Arbeiterkammer kritisiert auch, dass die Dienstleistungsrichtlinie wichtige Leistungen der Daseinsvorsorge umfasst, zum Beispiel die Wasserversorgung oder die Abfallentsorgung. Was sie aber nicht hinzufügt ist die blamable Tatsache, dass die österreichischen SP-Mandatare heute für Bolkestein gestimmt haben.“

Mit einem liberalisierten Dienstleistungsbinnenmarkt wird ein tiefgreifender Deregulierungsprozess

in Gang gesetzt, der alle bisherigen Beschlüsse zur Schaffung eines EU-Binnenmarktes in den Schatten stellt. Wer solche Entscheidungen trifft, braucht sich über eine wachsende Ablehnung der EU durch ihre Einwohnerinnen und Einwohner nicht zu wundern.

Die EU wirkt wie ein Brandbeschleuniger in Sachen Sozialabbau. Regeln, die in Brüssel beschlossen werden, führen zu Lohndumping, Privatisierung und zur Senkung von Pensionen und Sozialleistungen. Vieles von dem, was sich in den letzten Jahren in dieser Beziehung in Österreich abgespielt hat, konnte man bereits in der vor langer Zeit auf EU-Ebene beschlossenen Lissabon-Strategie nachlesen. Kein Wunder: Die EU ist so konstruiert, dass die Interessen des Großkapitals und der verschiedenen Lobbies immer Vorrang vor den Forderungen der arbeitenden Menschen haben.

## Ruinöses Glücksspiel: Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

### Umfrage zum Glücksspiel:

Verlost werden Buchpreise und T-Shirts.

Was halten Sie von einer Standort-Abgabe für Wettcafés? (Bitte ankreuzen)

- 1.) Gute Idee, denn zu groß ist der Schaden bei Spielsüchtigen.
- 2.) Gute Idee, denn die Betreiber verdienen ohnehin Unsummen.
- 3.) Gute Idee, denn die Kriminalität rund ums Glücksspiel steigt.
- 4.) Wozu, die Leute sollen auf sich selbst aufpassen.

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL) \_\_\_\_\_



Bitte frankieren, wenn Marke zur Hand

An die **Steirische Volksstimme**  
 c/o KPÖ - Ernest Kaltenegger  
 Landhaus, Herrengasse 16  
 8010 Graz



Das Glücksspiel ist eine Geißel unserer Zeit. Erst unlängst ließ ein Pärchen in Feldbach seine zwei Kleinkinder nach Mitternacht im eiskalten Auto sitzen, um zocken zu können. Die KPÖ macht gegen diese Droge mobil.

### Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ-Ernest Kaltenegger, Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder email: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Fax: 0316 / 877 51 08